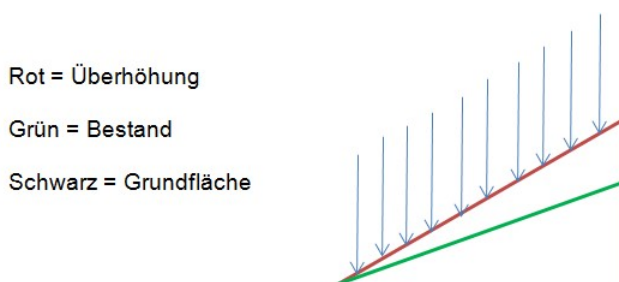


Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für das Versickern von Niederschlagswasser und Antrag auf Befreiung von der Wasserschutzgebietsverordnung

Die Deponie Roter Hau II befindet sich innerhalb des Wasserschutzgebietes 112 „Tiefbrunnen I und II“ der Gemeinde Rottenacker. Im Rahmen der beantragten Planfeststellung zur Überhöhung und Umwidmung der Deponie Roter Hau II wird die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis für das Versickern von Niederschlagswasser sowie die Befreiung von der Grundwasserschutzgebietsverordnung beantragt.

Im Erläuterungsbericht zur Deponiegenehmigung von 1988 wurde unter II. Abs. 4.) Nebenanlagen zwar die Ableitung des Niederschlagswassers wie folgt erläutert: „Das Oberflächenwasser aus den Erd-Einbauflächen, der Deponieböschung und dem Randweg wird im Deponierandgraben gesammelt und dem Erdbecken zugeleitet.“ In der Entscheidung vom 03.10.1988 wurde jedoch nicht explizit die wasserrechtliche Erlaubnis zur breitflächigen Versickerung des Niederschlagswassers erteilt. Aus Gründen der Rechtssicherheit soll dies nun im Zuge des Planfeststellungsverfahrens nachgeholt werden.

Durch die Überhöhung und Umwidmung ändert sich weder die Niederschlagsmenge - welche sich auf die Grundfläche (l/m^2) bezieht (s. nachstehende Skizze) - noch deren Erfassung, Ableitung oder breitflächige Versickerung gegenüber der bisherigen Genehmigung.



Sachdarstellung:

Das auf dem Deponiegelände durch Niederschlag anfallende Wasser ist auf zwei Bereiche bezogen zu betrachten.

Das im nordwestlichen Geländebereich anfallende Niederschlagswasser versickert aufgrund des natürlichen Geländeverlaufs sowie der Ausformung als Hügeldeponie entsprechend der ursprünglichen Genehmigung ohne Sammlung direkt vor Ort über die belebte Bodenschicht des Laubwaldes auf dem Deponiegrundstück Fl.Nr. 6255.

Im südwestlichen Deponiebereich wird das weitgehend von der Deponieoberfläche und Teilen des asphaltierten Betriebswegs abfließende Niederschlagswasser zu-

nächst über einen Entwässerungsgraben gefasst und in ein Erdbecken, welches sich überwiegend auf dem Deponiegrundstück befindet, eingeleitet. Von dort wird es durch das Mönch-Auslaufbauwerk in den sich anschließenden Graben - ein natürlich ausgeformter Geländeeinschnitt - geleitet. Der Graben verläuft zunächst teilweise auf dem angrenzenden Privatgrundstück. Im Auslauf schwenkt der Graben wieder auf das Grundstück der Deponie zurück. Dort findet dann auch die flächige Versickerung des unbelasteten Niederschlagswassers über die belebte Bodenschicht des Laubwaldes statt.

Außer dem Niederschlagswasser aus den Böschungen der Deponie fließ auch das Niederschlagswasser aus dem gegenüberliegenden Privatwald über den bestehenden Graben in das Erdbecken. Der bestehende Graben im Privatwald beginnt ca. 80 - 90 m vor dem Erdbecken. Aufgrund des Geländeverlaufs, entlang der Deponiestraße eben, dann sanft abfallend, ist zu erkennen, dass nur der im beiliegenden Plan eingetragene Bereich aus dem Privatwald in den Graben entwässert. Ansonsten versickert das Niederschlagswasser auf der Fläche des Privatwaldes an Ort und Stelle.

Das Erdbecken und auch der Graben liegen in der Regel trocken. Die natürlichen Gegebenheiten des Oberflächenwasserabflusses vom Deponiegrundstück ändern sich nach Abgleich mit einer Karte aus dem Jahr 1911 gegenüber denen des Ursprungsgeländes nicht maßgeblich, da der jetzige Deponiestandort bereits vor Errichtung der Deponie einen Geländehochpunkt darstellte.

Der tiefe Einschnitt mit Durchlass DN 500 unter dem Forsthauptweg am Auslauf des Erdbeckens war schon beim Bau der Deponie vorhanden. Ob der Einschnitt vergrößert wurde (Erdbecken), kann heute nicht mehr nachvollzogen werden, da der Bau 1989 durch die Stadt Ehingen erfolgte und uns hierüber keine Unterlagen vorliegen. Das Auslaufbauwerk (Mönchsbaumwerk) vor dem Durchlass wurde erst beim Bau der Deponie errichtet. Im Gegensatz zur ursprünglichen Planung mit dauerhaftem Einstau, kann das Niederschlagswasser bei „normalen“ Witterungsverhältnissen durch die untere Öffnung ungehindert abfließen. Bei Starkregenereignissen kann ein Anstau bis zur Oberkante der Schwelle ähnlich einem RÜB erfolgen (wurde aber noch nie beobachtet) bzw. bei Extremwetterbedingungen kann das Niederschlagswasser über den Gitterrost, welcher das Mönchsbaumwerk abdeckt, überlaufen. Das Erdbecken hat dann ein Fassungsvermögen von ca. 90 m³.

Bei dem zur breitflächigen Versickerung vorgesehenen Niederschlagswasser handelt es sich nahezu ausschließlich um den auf den rekultivierten Flächen (Waldflächen) anfallenden Niederschlag.

Außer auf den Waldflächen fällt in geringen Umfang lediglich auf der Betriebsstraße Niederschlag an. Hierbei handelt es sich um einen beschränkt öffentlichen Weg nach § 3 Abs. 2 Ziffer 4. Straßengesetz. Es findet nur im nordöstlichen Einfahrtsbereich eine Benutzung durch den Anlieferverkehr (Pkw und Lkw) statt. Die Gesamtzahl der Anlieferungen (Pkw & Lkw) lag im Jahr 2017 bei 1.308 Fahrzeugen. Dies entspricht durchschnittlich ca. 6 Kfz je Tag.

Im südwestlichen, zum Erdbecken hin abfallenden Wegeabschnitt ist ein Verkehrsaufkommen praktisch nicht vorhanden. Dies liegt insbesondere daran, dass mit dem Bau des Retentionsfilterbeckens und der Sickerwasserleitung im Jahr 2016/2017 keine Abfuhr des Deponiesickerwassers per Saugwagen mehr erforderlich ist. Die

Betriebsstraße wird nur noch einmal jährlich zum Reinigen und der Kamerabefahrung der Sickerwasserleitungen befahren. Das Niederschlagswasser der gesamten Betriebsstraße ist somit unbelastet.

In die Betrachtung des anfallenden Niederschlagswassers fallen zwei Szenarien: einerseits der heutige Bestand und andererseits der endgültige Abschluss der Deponie mit abgeschlossener Rekultivierung als bewaldetem Hügel. Zwischenzustände der Ablagerung werden nicht betrachtet, da sie unerheblich und mengenmäßig nicht zu erfassen sind.

Das Rekultivierungsziel auf der gesamten Deponie ist die Wiederherstellung des Waldes (Mischwald). Der Forderung der Forstdirektion Tübingen an die notwendige Rekultivierungsschicht wird dahingehen nachgekommen, dass durch den lockeren Einbau von 2,30 m geeigneten Bodens nach Abklingen der Setzungen mind. eine 2,00 m starke Rekultivierungsschicht bestehen bleibt.

Die Anforderungen an die Rekultivierungsschicht sind in der Deponieverordnung bzw. den BQS 7-1 „Rekultivierungsschichten in Deponieoberflächenabdichtungssystemen“ genannt. Es kommen deshalb nur sehr hochwertige Böden (Feldkapazität > 140 mm etc.) zum Einsatz. Eine weitergehende Anforderung an die Rekultivierungsschicht von Seiten des Forsts ist, dass die oberste Schicht mit mindestens 20 cm humosem Oberboden zu überdecken ist.

Bestand:

Teilweise wurde der süd- und nordwestliche sowie der nördliche Deponiebereich bereits wieder rekultiviert und aufgeforstet. Dies bedeutet, dass es sich bei dem abfließenden Niederschlagswasser aus diesem Deponiebereich um den reinen Abfluss des Waldbodens handelt, wenn dessen Speicherkapazität (die Anforderungen daran sind sehr hoch!) erschöpft ist. Das Niederschlagswasser unterscheidet sich hinsichtlich der Qualität somit nicht vom Niederschlagswasser, welches auf der die Deponie umgebenden Waldfläche anfällt. Aufgrund der hohen Anforderungen an die Rekultivierungsschicht (insbesondere auch Feldkapazität) wurde für die Waldbereiche ein Abflussbeiwert von $\psi = 0,05$ gewählt. Die bituminös befestigte Betriebsstraße wird miterfasst. Die weiteren Flächen entwässern direkt in die Deponie.

Nach Abschluss der Deponie:

Nach Verfüllung der Deponie wird diese profiliert, teilweise abgedichtet (DK I-Bereiche), eine Entwässerungsschicht oder Dränmatte und darüber die Rekultivierungsschicht aufgebracht. Im Erdaushubbereich (DK 0) findet keine Abdichtung statt. Hier muss nach dem Profilieren nur die Rekultivierungsschicht aufgebaut werden. Anschließend wird die gesamte Deponiefläche, sofern nicht bereits geschehen, aufgeforstet. Die bituminös befestigte Betriebsstraße wird auf Wunsch der Forstbehörde zum Ende der Nachsorgephase zurückgebaut und als Schotterweg hergerichtet. Ansonsten gelten die Ausführungen zum Bestand.

Berechnung:

Für die Ermittlung der max. Versickerungsflächen ist der „Endzustand“ als rekultivierte, bewaldete Hügeldeponie maßgebend.

Zur Berechnung der erforderlichen Versickerungsflächen wurden zwei Varianten untersucht. Herr Moser von der unteren Wasserrechtsbehörde (LRA A-D-K, FD 32) hatte in einer Stellungnahme als Bemessungsregen $r_{15,1}$ vorgegeben. Das mit der Planung beauftragte Ingenieurbüro Mauthe (Herr Pfetzer) hat $r_{10,1}$ angenommen. Es wurden daher beide Varianten gegenübergestellt.

Das Niederschlagswasser entsteht an folgenden Orten auf dem Deponiegelände:

- Deponiefläche mit Betriebsstraße: 24.379 m²
- Hangseite: 13.536 m²
- Waldfläche: ca. 17.000 m²

Das an der Nord-Westseite hangseitig anfallende Niederschlagswasser der Waldfläche wird breitflächig versickert. Nachdem keine Fassung oder Sammlung erfolgt und das abfließende Wasser von keinen befestigten Flächen beeinflusst wird, ist nach dem LfU-Merkblatt „*Arbeitshilfe für den Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten*“ keine Erlaubnis, jedoch eine Befreiung von der Wasserschutzgebietsverordnung notwendig.

Das an der Süd-Westseite anfallende Niederschlagswasser der Waldfläche wird durch den südlich liegenden Randgraben erfasst und in das Erdbecken im Freispiegelgefälle abgeleitet. Vom Erdbecken fließt das Wasser weiter in einen angrenzenden Graben, an dessen Auslauf eine breitflächige Versickerung über die belebte Bodenzone stattfindet.

Hydrogeologie:

Nach § 34 Abs. 1 WHG darf eine Erlaubnis nur erteilt werden, wenn bei der Versickerung „eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist“. Ferner darf das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Standorterkundung des geologischen Landesamtes Baden Württemberg 1988 wurden Bohrungen mit dem Ziel durchgeführt, den Karstaquifer im Abstrom der Deponie zu erschließen. Die Bohrung war bis zur Endteufe von 110 m trocken. Nach den Ausführungen des geologischen Landesamtes liegt der Karstaquifer etwa zwischen 130 und 160 m unter Geländeoberkante. Die Bohrungen B1 - B3 auf dem Deponiegelände haben neben der bis ca. 100 m mächtigen Zementmergelschicht nachgewiesen, dass in diesen Schichten kein zusammenhängendes Grundwasservorkommen enthalten ist.

Nachdem es sich um unbelastetes Niederschlagswasser handelt und der Abstand zum Grundwasserleiter sehr groß ist, ist eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers bei einer breitflächigen Versickerung über die belebte Bodenzone nicht zu besorgen.

Begründung:

Beim Niederschlagswasser aus dem Deponiegelände handelt es sich um Abwasser im Sinne von § 54 Abs. 1 Ziffer 2. Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Dieses ist gemäß § 55 Abs. 1 WHG so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Nach Abs. 2 soll Niederschlagswasser u. a. ortsnah versickert werden,

soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Die Versickerung des Niederschlagswassers stellt eine Benutzung im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG dar und bedarf daher grundsätzlich einer Erlaubnis nach § 8 Abs. 1 WHG. Da für die Überhöhung und Umwidmung der Deponie, mit der die Erlaubnis für die Gewässerbenutzung (Versickerung Niederschlagswasser) verbunden ist, ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird, entscheidet nach § 19 Abs. 1 und 3 WHG die Planfeststellungsbehörde im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde.

Die Versickerungsfläche und die Deponie Roter Hau II liegen in der weiteren Schutzzone (Zone III) und somit im Geltungsbereich der Grundwasserschutzgebietsverordnung vom 17. August 1992 des Wasserschutzgebiets 112 Rottenacker. Nach § 3 Abs. 1 Nr. 8 dieser Rechtsverordnung ist u. a. das punktuelle Versickern von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers grundsätzlich verboten. Nach § 7 Abs. 1 der Rechtsverordnung kann das Landratsamt Alb-Donau-Kreis jedoch von den Verboten eine Befreiung erteilen, sofern eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist. Dies ist hier der Fall, da das unbelastete Niederschlagswasser der Deponiefläche zur breitflächigen Versickerung abgeleitet wird. Durch die beantragte Überhöhung und Umwidmung findet weder hinsichtlich Qualität noch Quantität eine Veränderung zur bisherigen Versickerung statt.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Verbotstatbestand des § 3 Abs. 1 Nr. 10 für Anlagen zur Abfallbeseitigung hier gemäß § 7 Abs. 4 der Rechtsverordnung nicht greift. Die Deponie Roter Hau wurde aufgrund der Entscheidung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 3. Oktober 1988 und somit vor Inkrafttreten der Rechtsverordnung rechtmäßig errichtet und betrieben. Dies wurde bereits von der unteren Wasserbehörde des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis in einem vorgelagerten Verfahren (Bau der Sickerwasserleitung) bestätigt.

Die Schul- und Armenstiftung Ehingen hat als Grundstückseigentümer des Fl. Nr. 6255 am 18. April 2018 eine schriftliche Einverständniserklärung zur beantragten Versickerung des Niederschlagswassers abgegeben (s. Register 7).

Anlagen:

Entwässerungsplan Niederschlagswasser aktueller Bestand
 Entwässerungsplan Niederschlagswasser Endzustand
 Einzugsfläche Erdbecken Niederschlagswasser außerhalb Deponie
 Lageplan Erdbecken
 Volumenberechnung Erdbecken
 Berechnung Niederschlagswassermenge
 Prüfung Niederschlagswasserbehandlung
 Fotomappe Erdbecken und Auslauf
 Fotomappe Vorhandener Erdgraben